

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 30. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 08.06.2020,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
1. OG, Raum 107

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Tim Feister

anwesend bis einschl. TOP 7

Ursula Monheim

Rudolf Müller

Rüdiger Scholz

In Vertretung für Stefan Heibel

SPD

Heike Bunde

Aylin Dogan

In Vertretung für Marlies Jung

Petra Haase

Eva Lux

Stv. Vorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

Zöhre Demirci

BÜRGERLISTE

Peter Viertel

OP

Petra Goldkamp

Aufbruch Leverkusen

Markus Beisicht

FDP

Friedrich Busch

Soziale Gerechtigkeit

Dietmar Schaller

Einzelvertreter

Jochen Selgard

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Petra Jennen	Arbeiterwohlfahrt
Reiner Mathes	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Bernhard Schuster	Behindertenbeirat

Verwaltung:

Alexander Lünenbach	Dezernat III (Bürger, Umwelt u. Soziales)
Bettina Zimmer	Dezernat III (Bürger, Umwelt u. Soziales)
Sabine Willich	
Britta Meyer	anwesend bis 15:30 Uhr
Susann Peters	
Petra Söllner	
Guido Wielspütz	Soziales (50)

Schriftführung:

Stefan Frühlingsdorf	Soziales (50)
----------------------	---------------

Es fehlen:

CDU

Stefan Hebbel	Vorsitzender
Heinz-Jürgen Pröpper	

SPD

Marlies Jung

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Dragica Stojanovic

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Hans Höroldt	Diakonie
Wolfgang Klein	Caritas
Dr. Josef Peters	Deutsches Rotes Kreuz

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	4
2	Niederschriften	4
3	Verbot von Shisha-Bars in Leverkusener Wohngebieten - Antrag der Gruppe Aufbruch Leverkusen vom 06.03.2020 - Nr.: 2020/3562	5
4	Aufnahme von Flüchtlingen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.03.2020 - Nr.: 2020/3499	6
5	Sozialbericht 2019 - Erläuterung zum Konzept der gesunden sozialen Durchmischung - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 12.04.2020 - Nr.: 2020/3523	6
6	Häusliche pflegerische Situation in Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.04.2020 - m. Stn. v. 08.06.2020 - Nr.: 2020/3570	7
7	Qualitätssiegel haushaltsnahe Dienstleistungen in der Stadt Leverkusen - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2020 - m. Stn. v. 02.06.2020 - Nr.: 2020/3609	7
8	Steigerung der Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)	8
8.1	Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 18.02.2020 - m. Stn. v. 04.03.2020 - Nr.: 2020/3463	8
8.2	Antrag der Gruppe Soziale Gerechtigkeit vom 22.02.2020 - m. Stn. v. 04.03.2020 - Nr.: 2020/3475	8
9	Regelmäßige Testungen auf Covid-19 in allen Gemeinschaftseinrichtungen in Leverkusen - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 20.05.2020 - m. Stn. v. 02.06.2020 - m. Anfr. v. 19.05.2020 u. Stn. v. 03.06.2020 - Nr.: 2020/3619	9
	Bericht des Dezernenten	9
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 4/2020)	10

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin Eva Lux (SPD), eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren fest.

2 Niederschriften

Gegen die Niederschrift der 29. Sitzung (18. TA) vom 09.03.2020 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren werden keine Einwendungen erhoben.

Der Bericht des Dezernenten wird unter Bezugnahme auf die Niederschrift der 29. Sitzung vorgezogen; Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) stellt kurz die Beschlüsse des Ausschusses aus seiner letzten Sitzung vom 09.03.2020 dar.

Aufgrund des Lock Downs auch der Verwaltung konnte die gefasste Beschlussempfehlung, sich gegenüber dem Land NRW für eine ausgeglichene Flüchtlingsfinanzierung stark zu machen (Resolution zur Finanzierung Geflüchteter (Nr.: 2020/3433) nicht im Folgegremium besprochen werden.

Auch die Beschlussempfehlung, die Frauenhauskapazitäten in Leverkusen zu steigern, (Nr.: 2020/3461) konnte dort noch nicht behandelt werden.

Ebenfalls habe die gemeinsame Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses zusammen mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren nicht stattfinden können, so dass die vertagten Anträge Nr. 2020/3463 und 2020/3475 (Steigerung der Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, Einführung der YouCard) nicht thematisiert werden konnten.

Die benannten Punkte werden in den jeweiligen Gremien nachgeholt werden.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) berichtet über die Arbeit der Sozialverwaltung in den letzten Monaten und stellt insbesondere fest, dass in der Verwaltung kein Stillstand bestanden hat oder besteht. Das allgemeine Verwaltungsgeschäft des Fachbereichs 50 (Soziales) wurde auch während des Lock Downs fortgeführt.

Der Fachbereich 50 (Soziales) sei für persönliche Vorsprachen ohne Terminvereinbarung derzeit noch geschlossen. Vorsprachen mit Termin sind jedoch kurzfristig und jederzeit möglich. Die Sachbearbeiter seien telefonisch für persönliche Rücksprachen erreichbar, eine Telefonhotline stehe Anfragenden als Anlaufstelle bereit. Einreichungen seien zudem auf allen Kommunikationswegen möglich. Es würden die notwendigen organisatorischen, personellen und maschinellen Vorkehrungen getroffen, um eine ununterbrochene Leistungsgewährung sicherzustellen.

Die Anforderungen an die benötigten Anspruchsnachweise seien insbesondere im Sozialhilfe- und Wohngeldbereich durch die zuständigen Ministerien gesenkt bzw. Nachweispflichten in der Pandemiephase ausgesetzt worden. Eine Leistungsgewährung erfolge daher unter vereinfachten Gewährungsstrukturen. So könnten Wohngeldanträgen beispielsweise binnen 2 Wochen abschließend bearbeitet werden. Nothilfen könnten jederzeit an Hilfebedürftige erbracht werden. Nach einer Öffnung für Besucher werde mit einem erhöhten Besucheraufkommen gerechnet. Der Fachbereich Soziales (FB 50) werde diesem mit der Ausweitung der Sprechzeiten begegnen sowie die eingerichtete Hotline beibehalten.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie das Antragsverfahren in der Grundsicherung nach 4. Kap. SGB XII ablaufe. Herr Wielspütz (Soziales) antwortet, dass auf Grundlage einer Weisung des zuständigen Ministeriums Bewilligungen, die bei Leistungsempfängern, deren Leistungen im Zeitraum bis 30.08.2020 auslaufen, keine Änderung der Verhältnisse unterstellt würden und die Fortbewilligung um 12 Monate ohne Folgeantrag erfolgte.

Rh. Beisicht (Aufbruch Leverkusen) macht datenschutzrechtliche Bedenken geltend. Er fragt, inwieweit das offene Auslegen von Meldebögen, in die sich Besucher beim Aufsuchen eines Verwaltungsgebäudes eintragen müssen, einer datenschutzrechtlichen Prüfung standhalte.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) sagt eine Antwort im Nachfeld zu. Diese Antwort wird über „z.d.A.: Rat“ erfolgen.

- 3 Verbot von Shisha-Bars in Leverkusener Wohngebieten
- Antrag der Gruppe Aufbruch Leverkusen vom 06.03.2020
- Nr.: 2020/3562

Rh. Beisicht (Aufbruch Leverkusen) erläutert den Antrag.
Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) stellt die Rückfrage, ob der Betrieb der Shisha-Bars durch die Verwaltung geprüft worden sei.
Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) erläutert, dass die Shisha-Bars die gewerblichen Genehmigungsvoraussetzungen erfüllen müssten.

Im Plenum wird über den Antrag abgestimmt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (Aufbruch Leverkusen)
dagegen: 13 (4 CDU, 3 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP,
1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit, 1 Einzelvertreter)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 4 Aufnahme von Flüchtlingen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.03.2020
- Nr.: 2020/3499

Frau Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag. Rh. Beisicht (Aufbruch Leverkusen) kritisiert, dass die Kosten der Flüchtlingsaufnahme letztlich aus Steuergeldern finanziert würden und verweist darauf, dass gesetzliche Vorgaben bereits erfüllt seien. Rh. Feister (CDU) legt dar, dass die Anregung, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, regelmäßig erfolge und dem Grunde nach bereits geklärt sei; Leverkusen handle kontinuierlich im Sinne der Menschlichkeit. Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht in dem Antrag eine willkommene praktische Hilfeumsetzung. Rf. Bunde (SPD) weist darauf hin, dass vor einer Aufnahme der Flüchtlinge zunächst geprüft werden sollte, ob genügend Kapazitäten in allen Bereichen zur Verfügung stünden. Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) weist diesbezüglich vor allem auf Betreuungsbedarfe unbegleiteter Minderjähriger hin. Er sieht Klärungsbedarf hinsichtlich der entstehenden, zusätzlichen Kosten, der personellen Verwaltungskapazitäten und der Gesamtsituation im Fachbereich Kinder und Jugend (FB 51) und sieht einen Prüfauftrag für erforderlich an. Rh. Müller verweist auf seiner Kenntnis nach gesunkene Zahlen unbegleiteter Minderjähriger. Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) geht von einer ausreichenden Betreuungskapazität aus.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Vorsitzende Rf. Lux (SPD) stellt den Antrag als Prüfauftrag zur Abstimmung.

dafür: 9 (3 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 BÜRGERLISTE, 1 Soziale Gerechtigkeit, 1 Einzelvertreter)
dagegen: 5 (4 CDU, 1 Aufbruch Leverkusen)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTEE)

- 5 Sozialbericht 2019 - Erläuterung zum Konzept der gesunden sozialen Durchmischung
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 12.04.2020
- Nr.: 2020/3523

Ein Vertreter der Gruppe DIE LINKE.LEV ist nicht anwesend. Es wird daher diskutiert, Erläuterungen zum Antrag über das Protokoll zu versenden. Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) spricht sich gegen eine Erläuterung per Protokoll aus, um einen Zeitverlust durch die Protokollerstellung zu vermeiden. Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) nimmt daher direkt Stellung zum Antrag. Er erläutert, dass im Sozialbericht mit dem Konzept der gesun-

den Durchmischung im positiven Sinne gleiche Lebensverhältnisse in den Quartieren geschaffen werden sollen.

Der Sprechzettel von Herrn Beigeordneten Lünenbach (Dez. III) wird dem Protokoll beigefügt.

Rh. Feister (CDU) sieht den Antrag mit den Erläuterungen als erledigt an, zumal die Erläuterungen auch im Protokoll Niederschlag fänden.

Der Antrag wird vom Plenum einstimmig als erledigt angesehen.

- 6 Häusliche pflegerische Situation in Leverkusen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.04.2020
- m. Stn. v. 08.06.2020
- Nr.: 2020/3570

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag; Grundlage des Antrages sei eine Presseberichterstattung, in der im Rahmen der Covid-19 Pandemie Berichterstattung eine erhöhte Nachfrage einer pflegerischen Versorgung dargestellt würde. Rh. Feister (CDU) verweist auf die vielen Hilfsangebote in Leverkusen, erachtet eine kritische Betrachtung von Hilfebedarf und –angeboten jedoch als positiv.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) erklärt, dass keine Engpässe bestünden. Grundlage der dargestellten Presseberichte sei eine unspezifische Darstellung des Klinikums Leverkusen, die unter dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie erfolgte. Eine Unterversorgung könne daraus jedoch nicht abgeleitet werden.

Mit der Stellungnahme wird der Antrag durch den Antragsteller als erledigt angesehen.

- 7 Qualitätssiegel haushaltsnahe Dienstleistungen in der Stadt Leverkusen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2020
- m. Stn. v. 02.06.2020
- Nr.: 2020/3609

Rh. Feister (CDU) begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung, stellt jedoch fest, dass die dargestellte Qualitätssicherung die niederschweligen Dienstleister umfasst, nicht jedoch Hausnotrufanbieter oder Pflegedienste. Kern des Antrags sei jedoch, auch für Pflegedienste und Hausnotrufanbieter ein Qualitätssiegel einzuführen.

Frau Willich Fachbereich Soziales (FB 50) verweist auf das vor mehreren Jahren eingeführte Qualitätssiegel und erklärt dessen Einstellung auf Grund der Einführung der Anerkennungs- und Förderungsverordnung (AnFöVO). Zudem verweist Sie auf die bestehenden Zulassungsvoraussetzungen für

Pflegedienste. Sie erachtet einen Prüfauftrag für erforderlich um festzustellen, innerhalb welcher Rahmenbedingungen Leverkusen in Anbetracht der bestehenden Zulassungsvoraussetzungen in Leverkusen sinnvollerweise umgesetzt werden könnten.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass Pflegedienste schon eigene Zulassungsverfahren durchliefen; für niederschwellige Dienstleister bedeute ein Siegel zusätzliche Bürokratie.

Rh. Feister (CDU) stellt dar, dass ein Qualitätssiegel freiwilliger Natur sein müsse.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Der Antrag wird als Prüfauftrag zur Abstimmung gestellt.

dafür: 12 (4 CDU, 3 SPD, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit, 1 Einzelvertreter)
dagegen: ()
Enth.: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

8 Steigerung der Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)

8.1 Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 18.02.2020
- m. Stn. v. 04.03.2020
- Nr.: 2020/3463

8.2 Antrag der Gruppe Soziale Gerechtigkeit vom 22.02.2020
- m. Stn. v. 04.03.2020
- Nr.: 2020/3475

Die Tagesordnungspunkte 8.1 (Antrag Nr. 2020/3463) und 8.2 (Antrag Nr. 2020/3475) werden gemeinsam beraten.

Es verbleibt bei dem Beschluss vom 09.03.2020 zu den Tagesordnungspunkten 4.1 und 4.2: Die Thematik wird in eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss vertagt.

9 Regelmäßige Testungen auf Covid-19 in allen Gemeinschaftseinrichtungen in Leverkusen

- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 20.05.2020
- m. Stn. v. 02.06.2020
- m. Anfr. v. 19.05.2020 u. Stn. v. 03.06.2020
- Nr.: 2020/3619

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht die Stellungnahme der Verwaltung als überzeugend an, stellt jedoch die Rückfrage, unter welchen Umständen eine Indikationsstellung besteht und ob nicht auch medizinische Voraussetzungen für vorbeugende Testungen etwa in Kindertagesstätten definieren ließen. Herr Beigeordneter Lünenbach (Dezernat III) erwidert, dass eine Testung ohne medizinische Indikation und Systematik keinen Nutzen bringe. Eine klare Gruppenzuordnung und Regelmäßigkeit sei ebenso erforderlich wie eine konkrete Fragestellung. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgten systematische Testungen von Heimpersonal auf SARS-CoV-2 in Pflegeeinrichtungen in Anbetracht der dort lebenden, vulnerablen Personengruppen. Erste Erfahrungen mit derartigen Reihentestungen belegen, dass solche Maßnahmen geeignet sind, einen erheblichen Beitrag zur Vermeidung von COVID-19-Ausbrüchen in stationären Pflegeeinrichtungen zu leisten, doch lasse sich ein solches Vorgehen nicht auf alle Bereiche erweitern.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) stellt die Frage, inwieweit der Fachbereich Medizinischer Dienst (FB 53), die im Zusammenhang mit der COV19-Pandemie entstehenden Aufgaben wahrnehmen kann oder zusätzliche Stellen erforderlich seien. Herr Lünenbach (Dezernat III) führt aus, dass diese mit dem vorhandenen Personalstamm bewältigt werden können. Die Mitarbeiter des Fachbereichs verfügen über langjährige Erfahrung und Routine. Der Personalbedarf kann im Falle einer im Verlauf temporär erforderlichen Erweiterung der personellen Ressourcen durch Hinzuziehung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Fachbereiche gedeckt werden. Der Personalausbau werde immer sorgfältig geprüft und mit entsprechendem Augenmaß vorgenommen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür:	1 (1 Einzelvertreter)
dagegen:	13 (4 CDU, 3 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP)
Enth.:	1 (Soziale Gerechtigkeit)

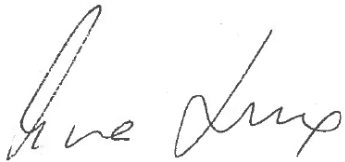
Bericht des Dezernenten

Der Bericht des Dezernenten wurde bereits zur Sitzungseröffnung unter Bezugnahme auf die letzte Niederschrift gehalten, vgl. Tagesordnungspunkt 2.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 4/2020)

Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Frau Bürgermeisterin Eva Lux, stellvertretende Vorsitzende, schließt die Sitzung gegen 16:00 Uhr.



BM Eva Lux
stv. Vorsitzende



Stefan Frühlingsdorf
stv. Schriftführer